

## HORST DIETZEL

# Abkehr vom Klassenkampf?

## Die Idee eines neuen Gesellschaftsvertrages in der PDS

Der Philosoph verbindet heute mit dem Begriff des Gesellschaftsvertrages in erster Linie die Namen Thomas Hobbes, John Locke und Jean-Jacques Rousseau. Hobbes schrieb, dass das Zusammenleben der Menschen im Unterschied zu den Tieren ein Vertragswerk bzw. ein künstliches Werk sei. Selbst im Philosophischen Wörterbuch der DDR wurde eingeräumt, dass ein Erkenntnisfortschritt in der Vertragstheorie liege, weil sie nicht nur die Staatsbürger und die Repräsentanten des Staates als zwei verschiedene Wesenheiten bestimme, sondern darüber hinaus die Prinzipien des Regierens vernunftmäßig begründe und die Staatsbürger als Träger der Gesellschaft, deren Interessen die Regierung zu vertreten hat, herausgestellt habe.<sup>1</sup> Rousseau hat zu Recht darauf hingewiesen, dass dabei die soziale Ungleichheit nicht außer Acht gelassen werden dürfe. Er entwickelte in seinem Werk »Vom Gesellschaftsvertrag« (1755) die Theorie weiter und verband sie mit der Forderung nach Volkssouveränität. Es ist klar, dass die Autorinnen und Autoren des Philosophischen Wörterbuches der DDR sich von moderneren Auffassungen über einen Gesellschaftsvertrag, die z. B. von einer pluralistischen Gesellschaft ausgehen, die es zu strukturieren, zu rationalisieren oder zu formieren gelte, mit dem Verweis auf den Marxismus entschieden abgrenzten.

### *Gregor Gysi »Ingolstädter Manifest«*

Da ist es interessant, dass in einer sozialistischen Partei wie der PDS der Gedanke eines Gesellschaftsvertrages wieder aufgegriffen wurde. Es war vor allem Gregor Gysi, der sich in seinem »Ingolstädter Manifest« aus dem Jahre 1994 dieser Idee annahm. Der Untertitel des damals weithin beachteten Papiers heißt: »Plädoyer für einen neuen Gesellschaftsvertrag«. Gysi geht zwar nur marginal auf den Begriff des Gesellschaftsvertrages ein, aber im Text wird deutlich, dass sich der Autor vom klassisch marxistischen bzw. klassenkämpferischen Herangehen löst. Schon der erste Satz lautet: »Dieses Manifest wendet sich an alle in Deutschland lebenden Menschen.«<sup>2</sup> Der Gestus des Textes ist eindeutig: Es geht um Chancen, um neue Wege, die in Deutschland gegangen werden sollen. Gysi unterbreitet konkrete Vorschläge für politische Veränderungen, die auch »von allen« mitgetragen werden können. Sein Bemühen gilt einem neuen Miteinander, neuen gesellschaftlichen Verhältnissen, ohne dass er diese in klassisch marxistischer Weise herleitet. Insofern ist hier auch der Begriff des Gesellschaftsvertrages angebracht.

Horst Dietzel – Jg. 1943; Dr. sc. phil., Sozialwissenschaftler. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Wohin geht die PDS? Zur Richtungsdiskussion in der Partei, Heft 149 (März 2003), und: Mehr Gegensätze als Gemeinsamkeiten. Ein Vergleich der Grundsatzprogramme von PDS und Bündnis 90/Die Grünen, Heft 161 (März 2004).

1 Georg Klaus, Manfred Buhr (Hrsg.): Philosophisches Wörterbuch, Leipzig 1969, S. 440.

2 Gregor Gysi: Wir – mitten in Europa. Plädoyer für einen neuen Gesellschaftsvertrag, Berlin 1994, S. 1.

Gysi nimmt bei seinen Überlegungen weniger Bezug auf die eingangs erwähnten Philosophen als vielmehr auf den *New Deal* – die »Neuverteilung der Spielkarten« – in den USA in den dreißiger Jahren. Nach dem Amtsantritt Franklin D. Roosevelts im Jahre 1933 waren Programme aufgelegt worden, die die Massenarbeitslosigkeit zurückdrängen sollten. So wurden etwa öffentliche Baumaßnahmen eingeleitet. Mit dem *Agricultural Adjustment Act* wurde ein Gesetz zum Wiederaufbau der Landwirtschaft verabschiedet. Farmer erhielten finanzielle Unterstützungen und senkten im Gegenzug die Produktion. Gesetze zur Renten- und Sozialversicherung brachten Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen. Roosevelt rief auch so genannte *Civilian Conservation Corps* ins Leben, bei denen arbeitslose junge Männer beispielsweise bei der Aufforstung von Wäldern Arbeit fanden. Außerdem brachte der Bau von Wasserkraftwerken die amerikanische Wirtschaft wieder in Gang.

Gysi schreibt: »Wo geschichtlich Gewerkschaften, aufgeklärte Unternehmer, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit realisierbaren Projekten und Politikerinnen und Politiker mit humanen Visionen und einem pragmatischen Blick für neue Chancen antraten, konnte in Krisen der Weg in die Armut, die Reaktion und den Krieg versperrt werden. Sozialstaat, soziale Einhegung des kapitalistischen Marktes, New Deal waren einmal erfolgreich gegen den sozial verantwortungslosen Staat, gegen absolute Macht des Kapitals auf dem Arbeitsmarkt und gegen die Ideologie der Ungestaltbarkeit der Marktwirtschaft angetreten.«<sup>3</sup> Auch heute, elf Jahre nach Veröffentlichung dieses Textes, ist dieses Herangehen sehr zeitgemäß.

3 Ebenda, S. 4.

Der ehemalige PDS-Vorsitzende plädierte im »Ingolstädter Manifest« für eine andere Logik der Konfliktlösung. »Wir können wählen zwischen dem Weg des Siegens und Verlierens und dem Weg der Kooperation und des gemeinsamen Vorteils. Wir können wählen zwischen Machtpolitik und einer Politik, die wirklich die Vermittlung der verschiedenen Interessen verfolgt. Wir können zwischen der illusionären Stabilisierung der Gesellschaft des 20. Jahrhunderts oder dem zukunftsweisenden Umbau dieser Gesellschaft wählen. Wir haben die Wahl zwischen sozialem Krieg und einem neuen Gesellschaftsvertrag.«<sup>4</sup>

4 Ebenda, S. 6.

Genau das ist der Punkt, um den es auch heute geht. Nur mit einer »neuen Übereinkunft« der Interessen von verschiedenen sozialen Schichten und kulturellen Milieus lässt sich die Gesellschaft zukunftsfähig im Sinne des europäischen Sozialstaatsmodells gestalten. Gegenwärtig sind die anderen Parteien dabei, den Weg in eine noch größere soziale Spaltung unseres Gemeinwesens zu gehen. Insofern hat sich die damalige Feststellung Gysis, die anderen Parteien würden den Status quo bewahren wollen, eher umgekehrt. Eine neue Linkspartei muss darum darauf achten, dass sie nicht in die Rolle eines Bewahrers hineingerät, der sich den neuen Herausforderungen nicht zu stellen vermag.

Wir können hier nicht auf alle einzelnen Reformvorschläge des »Ingolstädter Manifests« eingehen, aber die Grundrichtungen – wie etwa die Forderung nach mehr direkter Demokratie in Form von Volksabstimmungen – haben an Aktualität nichts eingebüßt. Andererseits wird mit Vorschlägen wie »dritte Stimme« bei Wahlen

(Stimme für nichtstaatliche Organisationen) oder für eine »zweite Kammer« (Bundeskammer für soziale Bewegungen) doch weit übers Ziel hinausgeschossen. Und die Forderung, sechs Monate lang sollten der öffentliche Dienst und die großen Unternehmen keine Entlassungen vornehmen dürfen, löst das Problem der Arbeitslosigkeit auch heute nicht. Dass in diesen sechs Monaten »Runde Tische« »Konzeptionen zum Erhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen« diskutieren und vereinbaren sollen, ist ebenfalls keine realistische Option. An der richtigen Idee, die Bundesanstalt für Arbeit und die Arbeitsämter »aus bürokratischen Verwaltungen der Arbeitslosigkeit in Organe aktiver arbeitsplatzschaffender Politik«<sup>5</sup> umzuwandeln, ist die rot-grüne Bundesregierung gescheitert.

5 Ebenda, S. 9.

### *10 Thesen und 5 Punkte*

Obwohl Gysis »Ingolstädter Manifest« im Wahlkampf 1994 auf eine große Resonanz stieß, scheiterte der Versuch, die Idee des Gesellschaftsvertrages auch »parteiöffentlich« zu verankern. In den zehn Thesen des von Wolfgang Gehrcke im Vorfeld der 1. Tagung des 4. Parteitag 1994 initiierten Beschlusses des Parteivorstandes der PDS war ein neuer Gesellschaftsvertrag noch eine tragende Idee. In der 4. These hieß es: » Ein Reformaufbruch ist notwendig, um zu einem neuen Gesellschaftsvertrag zu gelangen, der Fundamente für eine Lebensweise des 21. Jahrhunderts schafft. Die Neuordnung des gesellschaftlichen Systems der Arbeit und die Demokratisierung der Gesellschaft sind zentrale Punkte des neuen Gesellschaftsvertrages.«<sup>6</sup>

6 10 Thesen zum weiteren Weg der PDS, in: PDS-Pressedienst Nr. 48/1994, S. 21.

Hier werden sowohl die Zielrichtung von Reformpolitik angesprochen (Lebensweise des 21. Jahrhunderts) als auch die beiden zentralen gesellschaftspolitischen Felder genannt: Arbeit (in einem umfassenden Sinne, nicht nur als Zurückdrängung der Arbeitslosigkeit) und Demokratisierung. Eine Kernaussage war, dass es ohne eine neue Übereinkunft zwischen den verschiedenen Klassen, Schichten und Gruppen der Gesellschaft keine veränderte Entwicklungsrichtung in der Produktions-, Konsumtions- und Lebensweise geben werde. Das Überleben der Menschheit und eine (dementsprechend notwendige) neue Lebensweise spielten in der damaligen gesellschaftspolitischen Debatte eine herausragende Rolle. Erklärt wurde auch, wie »Gesellschaftsvertrag« zu verstehen sei: Er entstehe nicht durch »Verhandlungen«, sondern erfordere den gemeinsamen engagierten Kampf breiter Reformkräfte für Veränderungen und gleichzeitig die Suche nach Konsens. Hingewiesen wurde auch auf zwei weitere zentrale Punkte: Ein solcher neuer Gesellschaftsvertrag sei nicht mit einer sozialistischen Gesellschaft gleichzusetzen, und nötig sei er vor allem, um den Menschen die Ängste vor einem Politikwechsel zu nehmen. Das sind Punkte, die an Bedeutung auch heute nicht verloren haben. Damals jedoch war ein solches Herangehen in der PDS nicht durchsetzbar – auch deshalb nicht, weil sich wichtige Reformkräfte nicht bereit fanden, sich für ein solches Politikverständnis nachdrücklich zu engagieren. Offenbar gelang es nicht, die Aussage in den Thesen, wonach sich die Probleme der Gegenwart und Zukunft nicht mit einem vereinfachten und reduzierten Denken in den Kategorien von Klassenkampf und Sozialpartnerschaft erfassen lassen, überzeugend zu vermitteln

Veröffentlicht und durch den 4. Parteitag beschlossen wurden im Ergebnis langer Debatten schließlich »Fünf Punkte« von Lothar Bisky, Gregor Gysi und Hans Modrow. Mit ihnen wurde vor allem der sozialistische Charakter der PDS hervorgehoben,<sup>7</sup> und betont wurde zugleich die Oppositionsrolle der Partei. Die PDS stehe »in prinzipieller Opposition zu den herrschenden Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland«. Die »Frage, ob eine Parlamentsfraktion der PDS sich innerhalb des Parlaments in eine Oppositionsrolle, in eine Situation der Tolerierung oder in eine Koalitionsrolle begibt«, berühre »nicht das prinzipielle Oppositionsverständnis der PDS.«<sup>8</sup> Ergänzt wurde diese Sicht durch die Bemerkung, dass das Schwergewicht der PDS-Tätigkeit – unabhängig von der konkreten parlamentarischen Rolle – in außerparlamentarischen Bewegungen und Aktionen liege. All das waren Zugeständnisse an traditionelle Sichtweisen in der PDS.

Viele Jahre später – auf dem Geraer Parteitag im Jahre 2002 – spielte dieses Thema nochmals eine große Rolle. Nach der Wahlniederlage wurden erneut der Charakter der PDS als »gesellschaftliche Opposition« bemüht und die zentrale Bedeutung von emanzipatorischen Bestrebungen und Bewegungen hervorgehoben.<sup>9</sup>

Obwohl die PDS die enge Sicht des Geraer Parteitages auf Regierungs- und Oppositionsverständnis seither weitgehend überwunden hat, wird dieses Problem beim Zusammenwachsen mit der WASG zu einer neuen Linkspartei wieder nach vorne rücken. Dies könnte von zwei Seiten aus geschehen: Zum einen von Kräften in der PDS, die die »prinzipielle Opposition der PDS zu den gesellschaftlichen Verhältnissen« als sozialistische Identität verteidigen wollen, und zum anderen von Kräften in der WASG, die auf prinzipieller Opposition einer linken Partei gegenüber dem Regierungshandeln – also einer Rolle als Protestpartei – innerhalb der gegebenen Verhältnisse bestehen.

#### *Gysis Antwort auf das Schröder-Blair-Papier und der Geraer Parteitag*

Gregor Gysi brachte die Idee eines neuen Gesellschaftsvertrages 1999 wieder in die Debatte: mit seinen »Zwölf Thesen für eine Politik des modernen Sozialismus«, die den Zusatztitel »Gerechtigkeit ist modern« trugen und sich als eine »notwendige Antwort auf Gerhard Schröder und Tony Blair« und deren »Schröder/Blair-Papier« verstanden. Die These 4 von Gysi lautet: »Wer die neuen Chancen nutzen will, muss sie zu Chancen für alle werden lassen. Wer den neuen Bedrohungen begegnen will, darf nicht zulassen, dass sie sich gegen jene richten, die sich am wenigsten dagegen wehren können. Dazu bedarf es eines neuen Gesellschaftsvertrages.«<sup>10</sup> Es werden dann fünf Punkte genannt, die einen solchen Gesellschaftsvertrag aus der Sicht demokratischer Sozialisten ausmachen sollten: Übergang zu einer Entwicklungsweise, die eine gerechte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Reichtum durch eine neue Arbeits- und Lebensweise sichert; Überwindung aller Hemmnisse, die der Selbstbestimmung von Frauen und der Gleichstellung der Geschlechter entgegenstehen; Vollbeschäftigung durch den Aufbau neuer Felder für eine nachhaltige, ökologischen und sozialen Kriterien genügende

7 Vgl. Neues Deutschland vom 14./15. Januar 2005.

8 Ebenda.

9 Kein »Weiter so«: Zukunft durch Erneuerung. Beschluss der 1. Tagung des 8. Parteitages der PDS, in: Disput 10/2002; Presse-dienst 42/43, S. 35.

10 Gregor Gysi: Zwölf Thesen für eine moderne Politik des modernen Sozialismus. Gerechtigkeit ist modern. Eine notwendige Antwort auf Gerhard Schröder und Tony Blair, brosch., o. O. und o. J., S. 7.

Wirtschaftsentwicklung; Schaffung eines Sozialsystems, dessen Kosten solidarisch getragen werden und dessen Ziele Grundsicherung einer und eines jeden und aktive Beteiligung aller an den neuen Chancen sind; eine Politik der Sanierung der öffentlichen Finanzen, die zugleich den Weg für eine gerechtere Sozialordnung und neue Entwicklung öffnet.<sup>11</sup> Das sind alles sehr allgemein gehaltene Forderungen, keine konkreten Politikkonzepte.

11 Vgl. ebenda.

Dem damaligen alternativen linken Zeitgeist folgend, wandte sich Gysi nicht nur gegen die Dominanz des Kapitals, sondern auch gegen die »konsumistische Lebensweise« bzw. gegen eine »verkürzt verstandene reine Lohn- und Konsummaximierung«.<sup>12</sup> In These 8 heißt es: »Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger am gesellschaftlichen Reichtum wird nicht zuerst und fast ausschließlich mehr privaten Konsum bedeuten, sondern zu höherer Lebensqualität für Frauen und Männer führen.«<sup>13</sup> In der Erläuterung dieser These schreibt der Autor, dass es nicht um die Reduzierung der Kaufkraft gehe, aber auch nicht deren Erhöhung »die einzige undifferenzierte Alternative zur einseitigen Angebotspolitik« sein dürfe. In der heutigen linken Debatte wird das sicher überwiegend anders gesehen. Dennoch ist die Frage nach der Lebens- und Konsumweise nach wie vor ein herausragendes Problem, welche Entwicklung die Gesellschaft nehmen soll.

12 Vgl. ebenda, S. 9.

13 Ebenda, S. 17.

Was in dieser Ausarbeitung wie schon im »Ingolstädter Manifest« fehlt, sind Aussagen dazu, was die verschiedenen Gesellschaftsschichten durch einen neuen Gesellschaftsvertrag »erhalten« und was sie dafür leisten müssen. Gesellschaftsvertrag soll ja doch heißen, dass durch eine bestimmte Politik den Interessen der verschiedenen Schichten in bestimmter Weise und in eine bestimmte Richtung Rechnung getragen wird. Dabei spielen Fragen der Lebensweise eine herausragende Rolle.

In der PDS-Debatte nach der verlorenen Bundestagswahl im Jahre 2002 spielte hingegen der Bezug zur Zusammenarbeit bzw. Auseinandersetzung verschiedener Klassen und Schichten eine Rolle. Im Parteitagbeschluss von Gera heißt es, auf der Tagesordnung müsse »ein neues gesellschaftliches Bündnis für soziale Gerechtigkeit von Menschen, die sich ganz unten, und jenen, die sich in der Mitte der Gesellschaft zugehörig fühlen«, stehen.<sup>14</sup> Dieser Gedanke wird aber im Beschluss nicht weiter verfolgt. Statt dessen dient er dazu, die Rolle der PDS weg von der Parteienkonkurrenz hin zur einseitigen Unterstützung außerparlamentarischer Bewegungen zu orientieren: »Zentrale Bedeutung haben emanzipatorische Bestrebungen und Bewegungen, die Parteien unter politischen Druck setzen, andererseits aber von Parteien Unterstützung erfahren.«<sup>15</sup>

14 Kein »Weiter so«, a. a. O., S.34.

15 Ebenda.

Auf die PDS bezogen bedeutet das, die Partei vorrangig als verlängerten Arm von Bewegungen zu begreifen. Hervorgehoben wird der soziale Protest, die Übersetzung in institutionelle Politik wird untergewichtet. Michael Brie hingegen bestimmt das Mitte-Unten-Bündnis genauer. Er geht davon aus, dass das Projekt einer solidarisch-emanzipativen Transformation nur ein Mitte-Unten-Projekt sein könne. »Es verlangt ein Interessenbündnis, einen Gesellschaftsvertrag zwischen jenen Gruppen, die die produktiven Kerntrügerschichten bilden (der »allgemeine Produktionsarbeiter«) und jenen,

die durch den Neoliberalismus marginalisiert werden. Bei einem solchen Bündnis können die neuen (und alten) Mittelschichten ein höheres Maß an sozialer Sicherheit, an einem stabilen gesellschaftlichen Umfeld und sozialer Integration, an qualitativ hochwertigen Dienstleistungen, an Menschenwürde (...) gewinnen. Die Unterschichten dagegen würden eine menschenwürdige Grundsicherung, den Zugang zu ›Freiheitsgütern‹ einer Gesellschaft, die Chancen einer weitgehend gleichwertigen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erhalten. Dies alles muss sich zu einem Projekt einer neuen höheren gesellschaftlichen Produktivität verdichten.«<sup>16</sup> Brie weist freilich zugleich darauf hin, dass die hier gemeinten Mittelschichten entweder in der Illusion befangen seien, die Chancen des neoliberalen Projekts seien für sie größer als dessen Gefahren, oder keine Alternativen für sich sähen und sich folgerichtig unterordneten.

Angesichts der Ausdifferenzierung der Gesellschaft in verschiedene soziale Milieus, die sich sowohl unten wie in der Mitte »fühlen«, ist eine Analyse dieser Milieus und ihrer Interessenlagen erforderlich. Zwar haben die Proteste gegen Hartz IV deutlich gemacht, dass viele Menschen, die nicht zu den Unterschichten zu zählen sind, große Angst haben, in die Armut gedrängt zu werden, und dass es insofern selbstverständlich Tendenzen der Vereinheitlichung von Interessen gibt. Dennoch bleiben große Unterschiede zwischen den traditionellen Arbeitermilieus, den neuen Arbeitnehmersmilieus, den alternativen Milieus, den aufstiegsorientierten Milieus, den kleinbürgerlichen, den technokratisch-gehobenen oder anderen Milieus.

#### »Crossover« und der Gesellschaftsvertrag

Schauen wir in die achtziger und beginnenden neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts zurück. Dort waren es linke Grüne, die die Idee des New Deal in veränderter Form – entsprechend den veränderten Bedingungen – aufgriffen. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre ging es um einen »ökologischen New Deal«. Hier sollten die lebensweltlichen Interessen der Alternativ- und Ökologiebewegungen mit den verteilungspolitischen Interessen der alten Arbeiterbewegung so verknüpft werden, dass daraus ein neuer hegemoniefähiger Block zu entstehen vermag.<sup>17</sup> In der zweiten Hälfte der 90er Jahre wurde diese Idee entsprechend den wiederum veränderten Bedingungen im »Crossover«-Prozess – einem von den Zeitschriften »spw« (Umfeld der SPD), »Andere Zeiten« (Umfeld der Grünen) und »UTOPIE kreativ« (Umfeld der PDS) getragenen Diskussionszyklus – wieder aufgenommen. Berücksichtigt wurde vor allem die sich abzeichnende neue Spaltungslinie zwischen Kernbelegschaften und prekär Beschäftigten (bzw. Randbelegschaften): »Wenn es gelingt, das Bündnis zwischen den ökologisch orientierten Mittelschichten und der verteilungspolitisch orientierten Arbeiterbewegung durch ein neues Bündnis zwischen Kernbelegschaften und marginal Beschäftigten zu untermauern, bekäme der ökologische New Deal eine neue Chance. Dafür ist entscheidend, dass sich die Reformkräfte auf eine glaubwürdige Idee einer solidarischen Gesellschaft verständigen.«<sup>18</sup> Eine glaubwürdige neue Idee von einer solidarischen Gesellschaft scheint mir auch heute der springende Punkt einer Reformalternative einer modernen Linkspartei zu sein.

16 Michael Brie: Der Kampf für ein soziales und demokratisches Europa – Hegemonie und Einstiegsprojekte. Thesen zur Diskussion, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskript o. J., S. 6.

17 Vgl. Willi Brüggem, Klaus Dräger: Die Zukunft der Grünen, in: UTOPIE kreativ, Heft 12 (August 1991).

18 Willi Brüggem: Neue Wege zum ökologischen New Deal, in: Crossover (Hrsg.), Zur Politik zurück. Für einen ökologisch-solidarischen New Deal, Münster 1997, S. 28.

Das neue Bündnis ist nicht zustande gekommen. Im Gegenteil, wir müssen jetzt zusätzlich konstatieren, dass von Unternehmenseite die »Kernbelegschaften« selbst gespalten werden, indem die »Alten« ihre (relativen) Privilegien bewahren und die »Neuen« oder Ausgegliederten, die die gleiche Arbeit verrichten, unter schlechteren Bedingungen arbeiten. Die Gewerkschaften haben sich auf diese Linie »ungleicher Lohn für gleiche Arbeit« eingelassen. Damit verwoben ist eine verstärkte Standortkonkurrenz auch innerhalb großer Unternehmen im weltweiten, europäischen und nationalen Rahmen.

Übergreifend nimmt zugleich die Spaltung der Gesellschaft weiter zu in diejenigen, die Arbeit haben und diejenigen, die in Dauerarbeitslosigkeit abgedrängt sind. Eine weitere Spaltungslinie verläuft aufgrund der wissenschaftlich-technischen Entwicklung zwischen hoch qualifizierten Beschäftigten und denen, die einfache Tätigkeiten verrichten. Auch innerhalb der Mittelschichten gibt es neue Spaltungsprozesse: Ein Teil von ihnen ist materiell schlecht gestellt und arbeitet am Rande der Existenz, einem anderen Teil aber geht es wirtschaftlich und sozial nach wie vor sehr gut.

In jüngster Zeit hat sich seitens der PDS Bodo Ramelow, Fraktionsvorsitzender der PDS-Fraktion im Thüringer Landtag und Wahlkampfleiter seiner Partei dem Problem des Gesellschaftsvertrages gewidmet – in seinem 2004 verfassten Papier »Demokratischer Lebensort Deutschland«. Der Untertitel seines Artikels heißt »Gesellschaftsvertrag 21« – Vision für Deutschland im 21. Jahrhundert«. Im Text geht es um drei Punkte, die diesen Gesellschaftsvertrag charakterisieren müssten. Er müsse die Verantwortung der Gemeinschaft und des Einzelnen neu austarieren, die Verantwortung auch der Besitzenden für das Gemeinwohl deutlich machen und dem Anspruch des Sozialen in der Marktwirtschaft wieder Geltung verschaffen.<sup>19</sup> Im Folgenden heißt es: »Zivil- oder Polizeistaat, sozialer Rechtsstaat oder Almosenstaat, Bürger- oder Obrigkeitsstaat, der Citoyen oder der Bourgeois als gesellschaftliches Leitbild – das sind die Fragen, die ein Gesellschaftsvertrag zu beantworten hat.«<sup>20</sup> Ramelow schreibt richtig, dass es darum gehe, scheinbar unabänderliche Gegebenheiten in Frage zu stellen, mit vor allem westdeutsch geprägten Tabus zu brechen und sich von Althergebrachtem zu lösen. Leider aber untersetzt er seine Forderungen nicht. Es scheint, als diene die Idee des Gesellschaftsvertrages dem Autor vor allem als Überschrift für verschiedene Forderungen auf verschiedenen Politikfeldern.

### *Drei Säulen eines neuen Gesellschaftsvertrages*

Für die Zukunft geht es aus meiner Sicht vor allem um drei Säulen, auf denen ein neuer Gesellschaftsvertrag stehen müsste. Da sind zum *ersten* Bildung und Innovation (Stichwort: Wissensgesellschaft). Tatsächlich ist dies die entscheidende Herausforderung für die entwickelten Industrieländer bzw. die postindustriell geprägten Staaten und Regionen. Ein neuer Gesellschaftsvertrag muss diese Dimension in einem doppelten Sinne aufnehmen. Zum einen, damit das Land im internationalen Konkurrenzkampf bestehen und das Lebensniveau insgesamt gesichert werden kann. Zum anderen, weil Bildung und Innovationsfähigkeit die entscheidende Schlüsselfrage dafür sind, mittelfristig die Lebenschancen der Unterschichten deut-

19 Vgl. Bodo Ramelow: Demokratischer Lebensort Deutschland. »Gesellschaftsvertrag 21« – Vision für Deutschland im 21. Jahrhundert, Manuskript, Erfurt 22. Oktober 2004, S. 5.

20 Ebenda.

lich zu verbessern und soziale Gräben wenigstens teilweise zuzuschütten. Die *zweite* Säule ist die politische Einflussnahme auf die Neugestaltung der Erwerbsarbeit in der Gesellschaft. Weder die bisherige Regierungspolitik unter Rot-Grün noch die Konzeption von CDU/CSU/FDP lösen das Problem der hohen Erwerbslosigkeit, und sie tragen auch nicht dazu bei, die Spaltungen auf dem Arbeitsmarkt zu verringern. Soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit machen die *dritte* Säule eines neuen Gesellschaftsvertrages aus. Auch hier geht die dominierende Politik in die falsche Richtung: Die soziale Spaltung der Gesellschaft nimmt zu.

Die drei Säulen müssen durch eine linke Reformkonzeption so zueinander in Beziehung gesetzt werden, dass sowohl den Interessen der sozial weitgehend Ausgegrenzten als auch denen der Lohnarbeitenden in den Kernsektoren und denen der neuen und alten Mittelschichten in bestimmter Weise Rechnung getragen wird. Die Unterschichten erhalten mehr Möglichkeiten der Inklusion in die Gesellschaft (vor allem durch Bildung). Die soziale Grundsicherung wird für alle angemessen gestaltet. Die Gestaltung der Erwerbsarbeit erfolgt so, dass ein menschenwürdiges Leben oberhalb der Grenze der Grundsicherung auch für einfache Berufe ermöglicht wird. Dauerhafte Ausgrenzung aus dem Arbeitsleben wird weitgehend vermieden, soweit die davon betroffenen Menschen dazu bereit sind. Aber auch die Entfaltungsmöglichkeiten und sozialen Sicherungen für die qualifizierten Berufe müssen garantiert werden. Solidarität wird sowohl von den Kernbelegschaften wie auch von großen Teilen der Mittelschichten mit den sozial Ausgegrenzten und von Ausgrenzung Bedrohten erwartet. Sie »erhalten« dafür die Gewissheit, dass die Gesellschaft nicht weiter auseinander fällt. Anders gesagt: Der neue Gesellschaftsvertrag ist nicht hauptsächlich und einseitig zu Gunsten der Kernbelegschaften in den Großkonzernen und des öffentlichen Dienstes angelegt. Es geht also weder um Gleichmacherei, noch um eine Fortschreibung des Status quo.

Ein neuer Gesellschaftsvertrag aus einer linken Sicht muss aber auch andere Schnittlinien der Gesellschaft beachten. Das betrifft die Ost-West-Problematik ebenso wie die von Frauen und Männern, von Alten und Jungen, Gesunden und Kranken bzw. Behinderten. Hier ist zu klären, wie Gerechtigkeit und Solidarität zwischen diesen gestaltet werden sollen. Wie weit, wie lange und in welcher Art muss dem Osten zukünftig geholfen werden? Wie viele Steuergelder müssen in das Rentensystem gepumpt werden – oder müsste es sich mittelfristig selbst tragen? Was ist der Gesellschaft eine Gesundheitsversorgung auf hohem Standard für alle wert? Wie sind die Aufgaben des Staates für die Zukunft zu definieren? Was kann der Staat – und was *soll* er können? Zwar wird der Etatismus auch in PDS-Debatten weitgehend abgelehnt, aber bei den politischen Konzepten wird doch oftmals von der Allmächtigkeit des Staates ausgegangen. Hier geht es letztlich um mehr oder weniger Bürokratie, um mehr oder weniger öffentlichen Dienst.

Die bisherigen Reformvorstellungen der PDS bzw. der Linkspartei.PDS müssen danach durchforstet werden, was die Partei bestimmten Schichten nehmen und was sie ihnen geben will. Sind z. B. Mittelschichten für unsere Idee zu begeistern, wenn der Spitzensteu-



ersatz bei 60 000 Euro 50 Prozent beträgt, gleichzeitig die Beitragsbemessungsgrenze in der Krankenversicherung aufgehoben wird und bei der Berechnung der Rente diejenigen, die mehr einzahlen, relativ weniger herausbekommen? Diese Debatte steht noch aus. Und es geht nicht nur um Verteilungsfragen, sondern auch darum, wie die Linke auf die Wertschöpfungsprozesse Einfluss nehmen will. Hier braucht es eine eindeutige Antwort auf die Globalisierungsprozesse wie auch auf andere neue Herausforderungen (demografische Veränderungen, veränderte Bedürfnisse). All das wirkt direkt auf die Gestaltung eines neuen Gesellschaftsvertrages ein.

Der entscheidende Punkt aber wird sein, die Überlegung, dass man verschiedene Interessen zusammen denken und eine neue Übereinkunft innerhalb der Gesellschaft herstellen kann, populär zu machen. Es geht nach wie vor darum, den Menschen die Ängste vor einem Politikwechsel zu nehmen. Der Kampf um die Veränderung von Kräfteverhältnissen ist nach wie vor eine Schlüsselfrage. Ob die Begrifflichkeit eines neuen Gesellschaftsvertrages dabei vorrangig sein muss, bleibt dahingestellt. Eine *Möglichkeit* aber bietet sie auf jeden Fall.

## Die Möglichkeiten einer anderen Welt

Kongreß zu konkreter Utopie und realpolitischer Intervention

**vom 7. bis 9. Oktober 2005**

an der Universität Hannover, Wunstorferstr. 14, Raum D I

Aus Anlaß des fünfjährigen Bestehens der online-Zeitschrift Sozialistische Positionen (sopos) werden wir in Kooperation mit der Loccumer Initiative kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler diesen Utopie-Kongreß veranstalten und laden alle Interessierten herzlich ein, teilzunehmen.

Programm:

I. Konkrete Utopie – Begriff und Geschichte (Freitag, 12 - 21.30 Uhr)

II. »Vorpinselung« konkreter Utopie an Bruchstellen

des Spätkapitalismus im 21. Jahrhundert (Samstag, 12 - 21.30 Uhr)

III. Konkrete Utopie und politische Intervention (Sonntag, 12 - 19 Uhr)

Referenten:

*Elmar Altvater, Regina Becker-Schmidt, Michael Jäger, Michael Krätke, Stephan Meretz, Joachim Perels, Christoph Spehr, Uta Wagenmann, Moshe Zuckermann u. a.*

Anmeldungen nicht erforderlich!

Weitere Informationen:

Redaktion sopos, z. H. Marcus Hawel / Weberstr. 6 D-30449 Hannover

Tel: 0511-1699358, mobil: 0151-17315475 / Fax: 01212-5-153-20-415

URL: <http://www.sopos.org>

Mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung